

**Antwort auf die Anfrage der Ratsfraktion Die Linke  
(Drucks.-Nr. 6510/2020-2025) vom 10.08.2023 für die Sitzung des  
Sozial- und Gesundheitsausschusses am 29.08.2023**

**Thema:**

**Plakataktion zum Anspruch auf Grundsicherung im Alter**

**Antwort:**

*In welchem Umfang, mit welchen weiteren Maßnahmen wurde über den Rechtsanspruch informiert/aufgeklärt?*

Mit einer Plakat- und Postkarten-Kampagne sind Betroffene informiert und ermutigt worden, ihren Rechtsanspruch wahrzunehmen. Über die Kampagne wurde in der Tagespresse und in den kostenfrei zur Verfügung stehenden Printmedien berichtet.

Ergänzend dazu hat die Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut eine telefonische Hotline eingerichtet, bei der sich Interessierte werktäglich niedrigschwellig zum Anspruch auf Grundsicherung beraten lassen konnten. Diese Hotline wurde in erster Linie von Engagierten der Stiftung Solidarität, aber auch von Vertreter\*innen der AGW und der städtischen Quartierssozialarbeit bedient. Expert\*innen des Sozialamts standen den Beratenden telefonisch und in regelmäßigen Videokonferenzen für Rückfragen zur Verfügung. Die Beratung erfolgte mit Hilfe des von der Stiftung Solidarität entwickelten Grundsicherungs-Checks ([www.grundsicherungs-check.de](http://www.grundsicherungs-check.de)). Die Hotline ist von vielen Interessierten genutzt worden und auch heute gibt es noch einzelne Anrufe. Unabhängig von der Kampagne fanden und finden die Beratungsangebote des Sozialamtes zu Fragen der Grundsicherung im Alter wie gewohnt statt.

*Zusatzfrage 1: Wie hat sich die Aktion ausgewirkt? Inwiefern konnte eine erhöhte Anzahl von Nachfragen bzw. Anträgen auf Grundsicherung festgestellt werden?*

Die Zahl der Menschen, die Grundsicherung im Alter erhalten, nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Inwieweit die Kampagne zusätzliche Antragstellungen befördert hat, lässt sich nicht feststellen. Hierbei spielt eine Rolle, dass in 2023 gleichzeitig viele andere Faktoren – insbesondere die deutliche Erhöhung des Wohngeldes als vorrangige Hilfemöglichkeit, aber auch steigende Preise für Energie und Lebensmittel - die Zahl der Anträge beeinflusst haben. Tatsächlich sind die Fallzahlen im Zeitraum von August 2022 bis August 2023 um 271 gestiegen, das entspricht einer Steigerung von knapp 5 %.

*Zusatzfrage 2: Wie wurde die Aktion ausgewertet hinsichtlich eventueller weiterer Informationskampagnen zum Rechtsanspruch auf soziale Leistungen, z.B. Wohngeld oder Bürgergeld?*

Die Plakataktion zum Anspruch auf Grundsicherung im Alter ist aus dem Querschnittsthema „Armut“ im Prozess „Alter(n) gestalten“ erwachsen und so konzipiert worden, dass sie sich vor allem an ältere Menschen wendet, die nicht über digitale Medien erreicht werden. Eine Übertragung auf andere Zielgruppen oder Sozialleistungen war nicht vorgesehen, ist aber im Grundsatz möglich.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ingo Nürnberg'.

Ingo Nürnberger  
Erster Beigeordneter